

Die AfD ist (k)eine homophobe Partei

WIE GELINGT DEN MITGLIEDERN DIE VERKNÜPFUNG DER THEMEN HOMOSEXUALITÄT UND MIGRATION UND WELCHE FUNKTION ERFÜLLT DIESE?

Paula Mercedes Binz
BA Kulturwissenschaft
Viertes Fachsemester
Universität Koblenz

Seminar „Geschlechterpolitiken
und Anti-Genderismus im
Rechtspopulismus“
Fr. Dr. Katharina Hajek

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Grundlegende Begriffe	2
2.1	Rechtspopulismus nach Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser.....	2
2.2	Das Konzept der Volksgemeinschaft	2
2.3	Das Geschlecht im Rechtspopulismus nach Juliane Lang.....	3
2.4	Anti-Genderismus im Rechtspopulismus nach Sabine Hark und Paula-Irene Villa	3
2.5	Das Konzept der Intersektionalität nach Cristian Norocel et al.	4
2.6	Rechtspopulistische Strategie der Geschlechterpolitik nach Birgit Sauer.....	4
2.7	Das Konzept des Homonationalismus und die Strategie des Pinkwashing	5
3.	Das Parteiprogramm der AfD.....	6
3.1	Das traditionelle Familienbild	6
3.2	Genderforschung und Homosexualität	7
3.3	Einwanderung und Asyl	10
4.	Alice Weidel als homosexuelle Frontfrau der AfD	11
4.1	Einordnung in die AfD	11
4.2	Privatleben Weidels.....	12
4.3	Coming-Out Weidels.....	12
5.	Deutungsversuche: Welche Funktion erfüllt die homonationalistische Argumentation in der AfD?	14
6.	Fazit.....	16
7.	Literaturverzeichnis.....	17
7.1	Bücher/Aufsätze	17
7.2	Internet.....	18

1. Einleitung

Neben ihren provokanten, rassistischen Äußerungen schaffte es AfD-Funktionärin Alice Weidel auch immer wieder aufgrund ihres Privatlebens in die Medien, national wie international. Nach der Münchner Zeitung Merkur betreffen die meisten Google-Suchanfragen zu ihrer Person die Begriffs-Kombination „Alice Weidel Frau“ (merkur.de, Stand: 24.9.18). Sogar drei Jahre nach Weidels Coming-Out im Jahre 2017 ist die genannte Kombination der erste Vorschlag bei der Google-Suche zu ihrem vollständigen Namen. Alice Weidel lebt nämlich in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft – eine Lebensform, die von ihrer Partei als „Abweichung von der Norm“ zu unterbinden versucht wird. Die häufigen Suchanfragen legen nahe, dass die Gesellschaft diesem Paradoxon unbedingt auf den Grund spüren möchte: Was treibt Alice Weidel an, sich als Homosexuelle in einer Partei zu engagieren, die sich gegen eine Gleichstellung ihrer Lebensweise mit der traditionellen Ehe einsetzt?

Diese Seminararbeit soll allerdings nicht die konkreten Diskurse um Weidels Homosexualität beleuchten. Vielmehr soll Weidels Coming-Out bei einer Wahlkampfrede analysiert werden, um einen weiteren Bogen zu spannen. So fungiert ihre Rede als Paradebeispiel dafür, wie der AfD die Verknüpfung scheinbar höchst verschiedener Themenbereiche gelingt: Homosexualität bzw. -phobie und Migrationspolitik. Dieses Phänomen lässt sich anhand Jasbir Puar's Konzept des Homonationalismus analysieren.

Um dieses Konzept verstehen zu können, ist zu Beginn ein ausführlicher Blick auf grundlegende Begriffe und Theorien zu werfen, die den allgemeinen Charakter der AfD als rechtspopulistische Partei fassen. So ist der Umgang mit dem Thema Homosexualität in der AfD nur vor dem Hintergrund der funktionalen Rolle von Geschlecht in einer konstruierten Volksgemeinschaft zu erläutern. Da sich Einstellungen zur Sexualität auch auf den Bereich der Bildung ausweiten, soll des Weiteren die Kritik an den sogenannten Gender Studies und der rechtspopulistische Kampfbegriff „Frühsexualisierung“ beleuchtet werden.

Nach diesem Theorieteil soll das Parteiprogramm der AfD als erstes empirische Material dienen. Welche Forderungen vertritt die AfD in Hinblick auf die Themen Familie, Bildung und Migration? Anschließend soll sich der Rede Weidels in Form einer Diskursanalyse mit Fokus auf die Programmatik gewidmet werden. Zum Schluss werden sozialpsychologische Deutungsversuche angeführt, die sich auf das scheinbare Paradoxon von Homosexualität und Mitgliedschaft in der AfD konzentrieren.

2. Grundlegende Begriffe

2.1 Rechtspopulismus nach Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser

Zur Einführung weisen die Autoren Mudde und Kaltwasser auf die Problematik hin, dass der Begriff „Populismus“ für sehr diverse Phänomene herangezogen wird (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017, 2). Ihr Anspruch ist es, eine Definition zu liefern, die die Bandbreite populistischer Strömungen möglichst präzise fassen kann. Dadurch gelangen sie zur folgenden Definition:

„We define populism as a thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, “the pure people“ versus “the corrupt elite“, and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people“ (ebd., 6)

Der zentrale Aspekt des Populismus sei demnach die Gegenüberstellung zweier Parteien: dem „wahren Volk“ und der „korrupten Elite“. Der Elite wird von den Populisten das moralisch richtige Handeln abgesprochen, da diese als korrupte Gruppe aus Führungspersonen gezielt gegen den Gemeinwillen arbeiten würde (vgl. ebd., 12). Die Akteure können dabei Teil des „political establishment“, „economic elite“, „cultural elite“ oder auch „media elite“ (ebd., 11) sein. Basis für eine solche Kontrastierung ist die Annahme eines homogenen Volkes, das über einen „eminent degree of consciousness of its own good“ (ebd., 17 nach Chávez 2007) verfüge. Der Gemeinwille, das Volk sowie die Elite fungieren nach Mudde/Kaltwasser als die drei „core concepts“ (ebd., 9) des Populismus. Zu betonen ist allerdings, dass die genaue Bedeutung der Begriffe variieren kann und je nach Kontext angepasst wird (vgl. ebd., 14). Für die Autoren sei es gerade diese Offenheit der „core concepts“, die das Potential des Populismus am besten fassen würde. Dadurch gelinge es den Populisten, adaptive und scheinbar authentische Politik zu betreiben und sich als „Sprachrohr des wahren Volkes“ zu präsentieren (vgl. ebd. 19).

Zentral für Muddes/Kaltwassers Ansatz ist die Bezeichnung des Populismus als „thin-centered ideology“ (ebd., 6). Damit ist gemeint, dass Populismus nur als eine Art „mental map“ (ebd., 6), durch die die jeweilige Politik realisiert wird, zu verstehen ist. Dieser Ansatz verdeutlicht, inwiefern Populismus als „leerer Signifikant“ (ebd., 9) notwendigerweise mit anderen Ideologien angereichert werden muss. Die Bezeichnung „Populismus“ allein reiche nie aus, um das Weltbild der jeweiligen Partei fassen zu können (vgl. ebd., 6). Beim Rechtspopulismus sind es oftmals Ideologien wie der Rassismus, der genauere Vorstellungen davon liefert, wer Teil der Gesellschaft sein sollte und wie sich diese zu organisieren habe.

2.2 Das Konzept der Volksgemeinschaft

Die Argumentationen der AfD als eine rechtspopulistische Partei sind vor dem Hintergrund einer konstruierten Volksgemeinschaft zu analysieren. Dass die traditionelle Familie aus Vater, Mutter, Kind das „Band der Gemeinschaft“ (Wildt 2017, 71) bilde, findet sich bereits bei dem Begründer der deutschen Soziologie Ferdinand Tönnies in seinem Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ von 1887. Wie sich anhand des Parteiprogramms zeigen wird, teilt die AfD diese Vorstellung der Familie als „gesellschaftliche Grundeinheit“ (AfD 2016, 41).

Wie bereits Mudde und Kaltwasser anführten, wird die Volksgemeinschaft als homogen betrachtet. Zentral ist auch, dass sie sich wesentlich über Exklusionen konstruiert. So definiert sie sich nach klaren nationalen, ethnischen und kulturellen Grenzen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017, 9-11). Eng mit der Vorstellung eines homogenen Volkes und dessen Gemeinwille verknüpft, ist die Forderung nach mehr Volkssouveränität in Form von direkten Demokratiemaßnahmen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017, 17).

2.3 Das Geschlecht im Rechtspopulismus nach Juliane Lang

Nach Juliane Lang fungiert das Geschlecht im Rechtspopulismus als ein „sozialer Platzanweiser“ (Lang 2015, 169). Damit ist gemeint, dass die genauen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit sowie die strikte Verteilung der Aufgabenbereiche dem Individuum einen klaren Platz und eine bestimmte Funktion in der Gesellschaft zuweisen. Demnach sei es die Pflicht der Männer, das Vaterland zu beschützen, während die Frauen für den „Bereich des Gebärens und der Erziehung“ (ebd., 169) zuständig sind. Im Rechtspopulismus sei eine solche Rollenverteilung funktional für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft. Diese Annahme ist wichtig, um den Anti-Genderismus der Rechtspopulisten begreifen zu können. So kämpfe man gegen die Vorstellung eines sozialen Geschlechts, da dieses zur Auflösung oder gar Zerstörung der „beschworenen Gemeinschaft“ (ebd., 169) führe (vgl. Lang 2013, 97). Juliane Lang führt dies als das Bedrohungsszenario eines „Einheitsbreis“ (Lang 2015, 170) durch sich auflösende Grenzen an. In einer Welt zunehmender Orientierungslosigkeit durch die Vielzahl möglicher Lebensweisen präsentieren sich die Rechtspopulisten als diejenigen, die dem Volk klare Strukturen und damit Stabilität und Sicherheit bieten (vgl. Hark/Villa 2015, 27).

2.4 Anti-Genderismus im Rechtspopulismus nach Sabine Hark und Paula-Irene Villa

Die sogenannten Gender Studies, die sich vor allem mit sozialer Geschlechtlichkeit befassen, werden von den Rechtspopulisten als „Pseudowissenschaft“ abgetan (vgl. Hark/Villa 2015, 20).

So würden diese Forschungen nichts anderes als eine Ideologie darstellen. Das Aberkennen der Wissenschaftlichkeit wird außerdem durch die Unterstellung eines „religiöse[n], wahnhafte[n], aber auch dogmatische[n] oder gar totalitäre[n] Charakter[s]“ (Hark/Villa 2015, 20) verstärkt. So könne man schließlich nicht beweisen, dass sich das Geschlecht sozial konstruiere, wodurch der eingeschränkte Wissenschaftsbegriff der Anti-Genderisten deutlich wird. Wissenschaftliche Arbeit beschränkt sich hierbei lediglich auf eine „objektive Überprüfung von an-sich-so-seienden (gerne: natürlichen) Tatsachen“ (Hark/Villa 2015, 20f.), die einen Nutzen für die Alltagswelt der Bürger erzielen soll. Die „Pseudowissenschaft“ der Gender Studies halte diesem Anspruch allerdings nicht stand. Anstatt den Bürgern einen Nutzen zu bringen, würden die „Genderisten“ vielmehr die Gemeinschaft zerstören, indem sie die „natürlich“ gegebene Ordnung auf den Kopf stellen.

2.5 Das Konzept der Intersektionalität nach Cristian Norocel et al.

Im Folgenden soll das Konzept der Intersektionalität angeführt werden, da es die Basis für die folgenden Begriffe des „femonationalism“ (Farris 2012) sowie des Homonationalismus bildet. Intersektionalität meint das Zusammenspiel der Kategorien Geschlecht, Sexualität, Ethnie und soziale Klasse (vgl. Norocel et al. 2018, 1). Um dieses Konzept nachvollziehen zu können, sind die weiterführenden Begriffe der „hegemonic masculinity“ (ebd., 16) und der „hegemonic whiteness“ (ebd., 17) zu nennen. Norocel und Kollegen führen am Beispiel Schwedens und Finnlands an, dass verschiedene Vorstellungen von Männlichkeit existieren, die sich hierarchisch zusammenschließen (vgl. ebd., 4). Rassistische Überzeugungen ermöglichen beispielsweise, dass sich weiße Männer nicht nur den Frauen ihrer Gesellschaft überordnen, sondern auch den Männern anderer Ethnien (vgl. ebd., 15). Möglich ist dies durch die Intersektionalität der Begriffe Geschlecht, Sexualität und Ethnie.

2.6 Rechtspopulistische Strategie der Geschlechterpolitik nach Birgit Sauer

Auch Birgit Sauer führt eine rechtspopulistische Strategie an, die auf dem Konzept der Intersektionalität beruht. Sie stellt fest, dass Rechtspopulisten häufig die scheinbar schon erreichte Geschlechtergleichheit in Deutschland mit der Diskriminierung der Frau im islamischen Raum kontrastieren (vgl. Sauer 2017, 11). Effekt dieser Kontrastierung ist die Aufwertung der eigenen Kultur durch den Verweis auf die scheinbare Rückständigkeit und Intoleranz der anderen. Dies ermögliche eine neuartige Anti-Immigrationspolitik, für die Sara R. Farris erstmals den Begriff „femonationalism“ (Farris 2012) anführte (vgl. Sauer 2017, 12).

Die Verknüpfung des Wortes Nationalismus mit Feminismus soll auf die Tatsache hinweisen, dass Frauenrechte im Rechtspopulismus für Zwecke der Anti-Immigrationspolitik instrumentalisiert werden (vgl. ebd., 11). Problematisch ist auch, dass durch die Kontrastierung mit Gebieten größerer Geschlechterungleichheit die Probleme des eigenen Landes verdeckt werden können. Der Verweis auf die Diskriminierung der Frau in anderen Kulturen fungiert demnach als Ablenkung vom eigenen Anspruch, die traditionelle Rollenverteilung und die Verdrängung der Frau ins Private aufrechtzuerhalten (vgl. ebd., 14).

2.7 Das Konzept des Homonationalismus und die Strategie des Pinkwashing

Der Begriff des Homonationalismus wurde 2007 von Jasbir Puar in den soziopolitischen Diskurs eingeführt (vgl. Yilmaz-Günay/Wolter 2012, 12). In ihrem Buch „Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times“ (2007) analysiert die US-amerikanische Feministin die Terrorismusbekämpfung in Folge der Geschehnisse von 9/11.

Die indische Professorin für Politische Theorie Nikita Dhawan fasst „Homonationalismus“ als eine „Instrumentalisierung vermeintlich <fortschrittlicher> Gender- und Sexualitätspolitik zur Legitimation von Gewalt gegen religiöse Minderheiten [...]“ (Dhawan 2015, 38).

In Bezug auf den deutschen Homonationalismus ist auf zwei Aufsätze kurz einzugehen. Der erste Aufsatz der Autoren Koray Yilmaz-Günay und Salih Alexander Wolter fokussiert sich auf die Gleichsetzung von Antisemitismus und Homophobie im deutschen Diskurs (vgl. Yilmaz-Günay/Wolter 2013, 9). So konstatieren sie, dass seit den 90er-Jahren eine „Auslagerung von Homophobie wie von Antisemitismus zu Menschen, die als migrantisch und/oder muslimisch identifiziert werden“ (ebd., 13), stattfindet. Für diese Strategie queerer Politik führen die Autoren Yilmaz-Günay und Wolter den Begriff „Pinkwashing Germany“ an (vgl. ebd., 1).

Anschließend sind die ethnografischen und diskursanalytischen Forschungen von Patrick Wielowiejski zu nennen, da sich dieser gezielt mit dem Umgang mit Homosexualität in der AfD befasste. Bei seinen Feldforschungen stellte er fest, dass „nicht offen homofeindlich, sondern heteronormativ“ (Wielowiejski 2018, 349) argumentiert werde. Damit ist gemeint, dass ein Einbezug von Homosexuellen in die AfD nicht vehement abgelehnt, sondern akzeptiert wird. In diesem Zusammenhang führt Wielowiejski an, dass es sich um „Toleranz im wörtlichen Sinne“ (ebd., 349) handele: Duldung. Solange Homosexualität eine „Ausnahme“ (ebd., 349) bleibe und Heteronormativität weiterhin vorherrsche, sei die gleichgeschlechtliche Lebensweise mancher Parteimitglieder zu dulden. Interessant ist auch Wielowiejskis Fazit, in

dem er einen Bogen zwischen den Phänomenen Anti-Genderismus und Homonationalismus spannt (vgl. ebd., 354). So werde bei beiden ein gemeinsames Bedrohungsszenario konstruiert, dass sich auf den Zerfall von „stabile[n], eindeutige[n], ursprüngliche[n] Identitäten“ (ebd., 354) beziehe. Während Anti-Genderisten die zweigeschlechtliche Ordnung gefährdet sehen, sorgen sich Homonationalisten um den Erhalt der nationalen Ordnung.

3. Das Parteiprogramm der AfD

3.1 Das traditionelle Familienbild

Die AfD ist eine Partei, bei der man seit ihrer Gründung im Jahr 2013 eine sehr rasche Radikalisierung beobachten konnte. Diese bezieht sich nicht nur auf ihre Einstellungen gegenüber Migration, sondern auch auf das Familienbild der Partei. Leider wurde das Parteiprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2013 aus dem Netz genommen, so dass kein direkter Bezug möglich ist. Jedoch steht fest, dass die AfD nun stärker und radikaler für den Erhalt und die „Wertschätzung der traditionellen Familie“ (AfD 2016, 41), bestehend aus Vater, Mutter und Kind, plädiert als bei ihrer Gründung.

Ähnlich zu Michael Wildts Bezeichnung der Familie als „Band der Gemeinschaft“, wird sie im Programm der AfD von 2016 als „Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft“ (AfD 2016, 40) besonders hervorgehoben. Das Hauptargument der AfD in Bezug auf Familie ist, dass diese „Keimzellen“ (ebd., 40) immer weniger wertgeschätzt und sogar durch die „Propagierung“ (Schmincke 2016, 2) alternativer Lebensformen zerstört würden. Dagegen fordert die AfD, die traditionelle Familie unter „besonderen Schutz des Staates“ (AfD 2016, 40) zu stellen, was unter anderem eine finanzielle Förderung bedeute (vgl. ebd., 41).

Außerdem sei es für das Wohl und die „gesunde psychische Entwicklung“ (ebd., 43) des Kindes essentiell, dass beide Elternteile an der Erziehung und Sorge teilhaben (vgl. ebd., 43f). An der Politik wird die Kritik geübt, dass „Eielfernfamilien“ (ebd., 44) als „fortschrittliche[r] oder gar erstrebenswerte[r] Lebensentwurf“ (ebd., 44) propagiert und gefördert würden. Mit der Berufung auf scheinbar „gravierende Nachteile für alle Beteiligten“ (ebd. 44) im Falle einer Trennung bzw. Scheidung wird somit mit aller Kraft versucht, das Bild einer stabilen traditionellen Familie aufrechtzuerhalten – unabhängig von individuellen Lebenssituationen.

Des Weiteren wird an mehreren Stellen deutlich, dass eine traditionelle und erstrebenswerte Familie im Sinne der AfD lediglich aus Vater, Mutter und bestenfalls mehreren Kindern bestehe (vgl. ebd., 44). Diese heteronormative Vorstellung wird besonders in dem Kapitel des

Parteiprogramms zu Schule und Bildung, auf das im nächsten Punkt näher eingegangen werden soll, deutlich.

Zum Familienbild der AfD ist hinzuzufügen, dass man die „wertgebende“ (ebd., 41) Funktion der traditionellen Familie durch die „Masseneinwanderung“ (ebd., 41) aus muslimisch geprägten Ländern gefährdet sieht. Mittels einer Verknüpfung von islamfeindlichen und heteronormativen Proklamationen wird das Bedrohungsszenario eines „Einheitsbrei[s]“ (Lang 2015, 170) durch sich zunehmend auflösende Grenzen entworfen. Dabei ist der Begriff der Grenze bewusst doppeldeutig zu verstehen: Einerseits die reale, nationale Grenze, durch deren Öffnung die „deutsche Leitkultur“ (AfD 2016, 47) gefährdet werde, und andererseits die Grenze in Bezug auf die Auflösung einer zweigeschlechtlichen-binären Geschlechterordnung mit einer klaren Rollenverteilung.

Des Weiteren wird das angeblich vorherrschende „Leitbild der voll erwerbstätigen Frau“ (ebd., 43) von der AfD mit dem Gegenentwurf der „Vollzeit-Mutter“ (ebd., 43) kontrastiert. Durch dieses positiv dargestellte Bild der „Vollzeit-Mutter“ (ebd., 43) findet eine „ideologische Überhöhung der Mutterrolle“ (Lang 2017, 72) statt. Diese Strategie ist typisch für die Neue Rechte, da dadurch zwar eine angebliche Gleichstellung der Geschlechter durch eine Wertschätzung beider Aufgabenbereiche propagiert, aber die strikte Rollenverteilung beibehalten wird.

3.2 Genderforschung und Homosexualität

Im Folgenden sollen die Proklamationen der AfD in Bezug auf Genderforschung und Homosexualität analysiert werden. Es wird harsche Kritik an der modernen Genderforschung geübt, da diese nicht den „Kriterien der Wissenschaft“ (AfD 2016, 52) entspreche, sondern „politisch motiviert“ (ebd., 52) sei. Als Totschlagargument wird angeführt, dass die Genderforschung eine Auflösung der binären Geschlechterordnung mit klar verteilten Rollenvorstellungen erzielen möchte, wodurch die „beschworene Gemeinschaft“ (Lang 2013, 97) zerstört werde (vgl. Lang 2015, 172).

In Bezug auf Familie und Geschlecht setzt sich das Feindbild der AfD aus zwei Parteien zusammen: Zum einen aus einer konstruierten „Gender-Lobby“ und zum anderen aus dem Staat, der nach den Vorstellungen dieser Lobby handle (Lang 2015, 173f.). So schürt man unter anderem Angst vor einer „zunehmende[n] Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen“ (AfD 2016, 41), wodurch die „Familie als wertgebende

gesellschaftliche Grundeinheit“ (ebd.) übergangen werde. Hier klingt deutlich der Anti-Genderismus des Rechtspopulismus an, wie er auch von Hark und Villa angeführt wird (vgl. Hark/Villa 2015, 20ff).

An dieser Stelle ist außerdem der Kampfbegriff „Frühsexualisierung“ anzuführen, der vor allem bei den Äußerungen der AfD zum Thema Homosexualität von zentraler Bedeutung ist. Zu betonen ist, dass es sich hierbei um den Kampf um die Deutungshoheit des Begriffes handelt, was eine häufige rechtspopulistische Strategie darstellt (vgl. Lang 2015, 176). Seinen Ursprung hat der Begriff „Frühsexualisierung“ in der Kinderpsychologie des 20. Jahrhunderts (vgl. Röhlig 2018). Dabei ging es um die Frage, wann ein Kind sexuelle Aufklärung erhalten solle. Durch die Neue Rechte wurde „Frühsexualisierung“ allerdings zum Kampfbegriff gegen Homosexualität und alternative Lebensweisen.

Als im Jahre 2014 diskutiert wurde, inwiefern der Bildungsplan in Sachen Sexualkunde um Aufklärung über sexuelle Vielfalt erweitert werden sollte, entfachten in rechtspopulistischen Kreisen mehrere soziale Bewegungen, die sich unter dem Begriff „Frühsexualisierung“ analysieren lassen. Von den Hauptakteuren, der Initiative „Besorgte Eltern“ sowie die Kampagne „Demo für alle“, wurde dieser Begriff gezielt als eine „pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung“ (Schmincke 2016, 2) des Staates umgedeutet. Obwohl die Reform des Bildungsplans lediglich den Einbezug von Lebensformen, die von der heteronormativen Vorstellung abweichen, anstrebte, wurde diese von den rechtspopulistischen Gegnern als eine „Propagierung“ (ebd., 2) ebenjener Abweichungen von der Norm bezeichnet.

Auch die AfD reiht sich in diese Gruppierung um den Begriff „Frühsexualisierung“ ein, indem sie in ihrem Parteiprogramm propagiert, dass „das Klassenzimmer [...] kein Ort für politische Indoktrination“ (AfD 2016, 54) sein dürfe. Auch hier wird das Bild eines Sexualkundeunterrichts, welcher unterschiedliche sexuelle Ausrichtungen inkludiert, als eine „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“ (ebd., 54) kritisiert.

Das Kind stellt im rechtspopulistischen Diskurs ein bedeutender Signifikant dar, da es einerseits Unschuld und Reinheit und andererseits die Zukunft der Nation symbolisiert (vgl. Schmincke 2016, 1). Die fehlende Wehrhaftigkeit wird auch im Parteiprogramm der AfD impliziert, indem gefordert wird, dass „unsere Kinder nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden“ (AfD 2016, 54) dürfen.

Im Diskurs um die „Frühsexualisierung“ wirkt das Kind somit als eine Art „moralische Waffe“ (Schmincke 2016, 1), da sich durch die Sorge um dessen Wohl verschiedene Milieus

ansprechen lassen. Nach Juliane Lang fungiert der Anti-Genderismus der AfD als ein „Scharnier“ (Lang 2015, 174) zum „bürgerlichen Mainstream“ (ebd., 174.), wodurch auch nicht-rechte Gruppierungen mobilisiert werden können. So stellt die soziale Geschlechtlichkeit auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs ein kontrovers diskutiertes Thema dar, das große Verunsicherung auslöst (vgl. ebd., 174). Hierauf reagiert die AfD mit dem Versprechen, wieder klare Kategorien und Hierarchien vorzugeben und somit dem Individuum Halt und Sicherheit zu bieten (vgl. Schmincke 2016, 5). So präsentiert sich die Partei als das perfekte Angebot für all Jene, die sich auf der „Suche nach Orientierung“ (Schmincke 2016, 5) im Angesicht der sich auflösenden Grenzen befinden. Aus diesem Grund kann die AfD mit ihrer Strategie des Angstschürens vor einem „unkontrollierbaren Chaos“ (Lang 2017, 69) und dem „Verlust jedweder Eindeutigkeit“ (ebd., 69) auch bei bürgerlichen Wählern deutliche Erfolge erzielen.

In Sachen Sexualkunde argumentiert die AfD hauptsächlich auf Basis einer „starke[n] Naturalisierung des Sozialen“ (Schmincke 2016, 3). So seien die „traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen“ (AfD 2016, 55) nichts weiter als das Resultat von „naturegegebene[n] Unterschiede[n] zwischen den Geschlechtern“ (ebd., 55). Auf dieser Grundlage wird der Einbezug alternativer Lebensformen in den Unterricht als ein „Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder“ (ebd., 55) kritisiert. Es wird das Szenario entworfen, dass Kinder aufgrund einer „Hervorhebung der Homo- und Transsexualität“ (ebd., 54) so stark verunsichert werden, dass sie ihre „natürliche“ sexuelle Identität nicht herausbilden könnten (vgl. ebd., 55). Ausgehend von dieser Argumentation fordert die AfD, die sogenannte „Frühsexualisierung“ an Krippen, Kindergärten und Schulen zu verbieten.

Als nächster Aspekt soll sich den Äußerungen der AfD gegenüber Homosexualität gewidmet werden. Es wird im Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt klar formuliert, dass die Partei eine „Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft, die als „Homo-Ehe“ (AfD Sachsen-Anhalt 2016, 9) diffamiert wird, strikt ablehnt. Dadurch wird endgültig zum Ausdruck gebracht, dass Homo- und Transsexualität lediglich als eine zu vermeidende Abweichung von der „Norm der heterosexuellen Mehrkindfamilie“ (Lang 2015, 63) zu dulden ist. Allerdings ist eine solche explizite Stellungnahme wie die der AfD Sachsen-Anhalt als ein Sonderfall zu bewerten, da sich die Partei gegenüber dieser Thematik eher bedeckt hält (vgl. ebd., 65).

Auf den häufigen Vorwurf, die AfD sei eine homophobe Partei, reagiert die AfD allerdings geschlossen mit vehementer Leugnung. Als beliebte Strategie gilt der Verweis auf die BIG

„Homosexuelle in der AfD“ (vgl. Lang 2017, 65). Hierbei fungieren homosexuelle Mitglieder, ähnlich wie Frauen in der Partei, als eine Art Beleg dafür, dass es sich bei der AfD eben nicht um eine homophobe und frauenfeindliche Partei handele. Trotz des Miteinbezugs gilt zu betonen, dass Homosexuelle in der AfD nie als „gleichwertig schützenswert“ (ebd., 66), sondern lediglich als „maximal zu tolerierende Abweichung von der Norm“ (ebd., 66) zu betrachten sind.

Interessant ist auch die Stellungnahme des Sprechers der BIG „Homosexuelle in der AfD“, Alexander Tassis, der seinerseits fordert, „das Thema Homosexualität auf traditionelle Art [zu] behandeln“ (ebd., 65 nach Lauer 2014). Nach Juliane Lang bedeutet dieser Ausspruch eine „Tabuisierung des Themas in der Öffentlichkeit und ein Verdrängen ins Private“ (ebd., 65). Für diese These spricht auch das propagierte Verbot des Einbezugs alternativer Lebensweisen in die Schullehrpläne. Ziel dieser Tabuisierung ist der Erhalt der heteronormativen Hegemonie.

3.3 Einwanderung und Asyl

Das Kapitel zu Einwanderung, Integration und Asyl im Grundsatzprogramm der AfD wird mit einer Kritik an dem „ideologisch vergiftete[n] Klima der „politischen Korrektheit““ (AfD 2016, 58) eröffnet. Hierbei schwingt bereits der rechtspopulistische Vorwurf mit, dass die „korrupte Elite“ gegen den Gemeinwillen des „wahren Volkes“ handeln würde. Der Begriff der „linken Meinungsdictatur“ wird hier häufig herangezogen, um auszudrücken, dass es gewisse „Sprachverbote“ (ebd., 58) gäbe. Dabei präsentiert sich die AfD erneut als Sprachrohr. Das im Grundsatzprogramm bereits vorgezeichnete Bedrohungsszenario einer „Bevölkerungsexplosion“ (ebd., 59) in den afrikanischen und arabischen Ländern, die zu einer „Völkerwanderung historischen Ausmaßes“ (ebd., 59) führe, wird im Bundestagswahlprogramm von 2017 nochmals intensiviert und damit dramatisiert.

Das Programm von 2017 führt genau mit dieser Thematik in das Thema Einwanderung ein, indem die „demografischen Probleme Europas und Afrikas“ (AfD 2017, 28) dargestellt werden. Auch hier lautet die Hauptstrategie Angstschüren vor einem scheinbar aussterbenden deutschen Volk. Die Argumentation der AfD beruht auf der Kontrastierung der afrikanischen mit der deutlich niedrigeren deutschen Geburtenrate. Dadurch würde es bei der afrikanischen und arabischen Population bis 2050 zu einem Anstieg um 100 Prozent kommen, wohingegen die europäische Bevölkerung immer weiter „überaltert und schrumpft“ (ebd., 28). Auch Juliane Lang führte dieses Bedrohungsszenario eines „aussterbenden deutschen Volkes“ (Lang 2015, 170) an und verknüpfte es direkt mit dem Anti-Genderismus des Rechtspopulismus. So würden

Gender Studies und Migration gleichermaßen zur Zerstörung der deutschen Volksgemeinschaft beitragen (vgl. Lang 2015, 170).

Im Folgenden nennt die AfD als Folge des Wohlstandsgefälles zwischen Europa und Afrika einen „Wanderungsdruck“ (AfD 2017, 28), der „Dimensionen einer Völkerwanderung“ (ebd., 27) habe. Diese dramatisierende Bezeichnung soll erneut die Gefahr der „Selbsterstörung unseres Staates und Volkes“ (ebd., 28) in den Fokus der Einwanderungspolitik stellen. So sollten „familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen“ (ebd., 29) stets „Vorrang vor Zuwanderung“ (ebd., 29) haben.

Zum Zweck der „Selbsterhaltung“ (ebd., 29) fordert die AfD demnach, dass die Grenzen „umgehend geschlossen werden“ (ebd., 29). Des Weiteren werden alle Asylbewerber pauschal abgewertet, indem diese „überwiegend beruflich unqualifiziert“ (ebd., 29) sowie ein „beträchtlicher Anteil [...] Analphabeten“ (ebd., 29) seien. Aufgrund dieser Rückständigkeit sei eine „erfolgreiche Anpassung all dieser Menschen“ schlichtweg nicht möglich. Wer dennoch ein dauerhaftes Bleiberecht erhält, habe eine „Bringschuld“ (ebd., 32), sich vollkommen an die „deutsche Leitkultur“ (ebd., 32) anzupassen.

Als letzter Aspekt ist eine weitere rechtspopulistische Strategie anzuführen: die Kritik an der „korrupten Elite“, in diesem Falle an der aktuellen Immigrationspolitik der Regierung, die „pseudohumanitär und selbstzerstörerisch“ (ebd., 28) sei. Es wird kritisiert, dass ein Großteil von Asylbewerbern, die nicht aus Kriegsgebieten stammen und über sichere Drittstaaten eingereist sind, anerkannt werden (vgl. ebd., 31). Dahingegen plädiert die AfD für eine „jährliche Mindestabschiebquote“ (ebd., 29).

4. Alice Weidel als homosexuelle Frontfrau der AfD

4.1 Einordnung in die AfD

Als Alice Weidel 2013 Parteimitglied der AfD wurde, identifizierte sie sich vorerst mit dem wirtschaftsliberalen Teil der AfD (vgl. Ruhose 2019, 6). Nachdem dessen Frontmann Bernd Lucke der AfD den Rücken zuwendete, kristallisierte sich allerdings schnell heraus, dass Alice Weidel sich ab nun dem rechten „Flügel“ der Partei zuwendet (vgl. ebd., 7). Es lässt sich sogar behaupten, dass Weidel zusammen mit Gauland maßgeblich für die rasche Radikalisierung der Partei verantwortlich ist. Deutlich wird dies vor allem an äußerst provokanten Aussagen Weidels über „Kopftuch-Mädchen“ (ebd., 7) und „alimentierte Messer-Männer“ (ebd., 7).

4.2 Privatleben Weidels

Bereits vor Weidels offiziellem Coming-Out wurde bekannt, dass sie in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Film- und Fernsehproduzentin Sarah Bossard im schweizerischen Biel lebt, wo sie gemeinsam zwei Söhne großziehen (vgl. Bäuerlein 2018). Die einzige richtige Stellungnahme Weidels zum Thema Homosexualität ereignete sich in Viernheim bei Mannheim während einer Wahlkampfrede im September 2017. Diese Rede, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll, ist auf YouTube unter dem folgenden Link zu finden: <https://www.youtube.com/watch?v=p1OC0M6Gku8>

4.3 Coming-Out Weidels

Weidel eröffnete ihre Rede mit dem Hinweis, dass sie einmal von ihrem gewöhnlichen Wahlprogramm abweichen werde, um über „ein Thema, das eigentlich nicht hier hingehört“ (Weidel 2017) zu reden. Hierbei klingt die erwähnte gewünschte Privatisierung des Themas Homosexualität erneut an. So empört sich Weidel darüber, dass sie so oft gefragt werde, warum sie als Homosexuelle in der AfD sei, dass sie mittlerweile Millionärin wäre, wenn sie jedes Mal einen Cent dafür bekommen hätte. Nachdem Weidel die Premiere gewagt hat, offen auszusprechen, dass sie homosexuell sei, gibt sie sich überrascht über die Reaktion im Publikum. Sie hätte extra eine Pause eingelegt, um abzuwarten, ob jemand aufgrund dieser Offenbarung den Saal verlassen möchte. Dass diese Reaktion ausblieb sei laut Weidel „ein wenig verwunderlich“, da sie „täglich lesen“ (ebd.) würde, dass die AfD eine homophobe Partei sei, in der alle Mitglieder und Wähler Homosexuelle „hassen“ (ebd.) würden. Daraufhin stellt Weidel die äußerst provokante Frage in den Raum: „Niemand hier, der mich hasst?“ (ebd.). Als Reaktionen ausbleiben, antwortet Weidel schließlich mit einem sarkastischen „Puh, vielen Dank“ (ebd.), was sie mit ausladenden Gesten unterstreicht. Mit diesem Sarkasmus zieht die AfD-Funktionärin die Vorwürfe gegen ihre Partei bewusst ins Lächerliche, was eine häufige rechtspopulistische Strategie darstellt.

Im Folgenden geht Weidel auf das Verhältnis zwischen Homosexualität und der Mitgliedschaft in der AfD ein. So sei sie „nicht trotz [ihrer] Homosexualität, sondern gerade wegen [ihrer] Homosexualität“ (ebd.) in der AfD. Hauptgrund hierfür sei die „zusehends erodierende, marodierende Sicherheitslage“ (ebd.) in Deutschland, welche sie auf den Zuwachs an Migrant*innen im Jahre 2015 zurückführt. Weidel beruft sich anschließend auf Statistiken sowie Ereignisse, deren Quellen sie allerdings nicht anführt. So behauptet sie, dass „die sogenannten politisch motivierten Übergriffe“ (ebd.) von 2016 auf 2017 um fast 30 Prozent zugenommen

hätten. Mit jener Bezeichnung spielt die AfD-Funktionärin auf Taten gegen die sexuelle Ausrichtung unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit an. Des Weiteren übt Weidel Kritik daran, dass „Fragen wie etwa nach der Herkunft der Tätergruppen [...] auch hier nicht erwünscht“ (ebd.) seien. Bei diesem Kritikpunkt klingt eine häufige rechtspopulistische Argumentationsstruktur an: Staat, Regierung und Polizei würden dem „wahren Volk“ vieles verheimlichen oder verklärt darstellen, da sie nicht nach den „wirklichen Bedürfnissen“ des Volkes, sondern nach eigenen Interessen handelten.

Des Weiteren behauptet Weidel, dass seit der „Flüchtlingswelle“ im Jahr 2015 eine regelrechte „Explosion der Gewaltdelikte“ (ebd.) stattgefunden hätte. Zur Emotionalisierung führt Weidel einige Einzelfälle an, bei denen Homo- und Transsexuelle in der Öffentlichkeit „angepöbelt, angespuckt und geschlagen“ (ebd.) wurden. Für Weidel ist dieser Zuwachs an politisch motivierten Gewalttaten unweigerlich mit dem Islam verbunden. So behauptet die AfD-Funktionärin mit deutlich erhobener, wütender Stimme, dass „muslimische Gangs [...] in letzter Zeit förmlich Jagd auf Homosexuelle“ (ebd.) betreiben würden. Als Legitimation würden diese anführen, dass eine solche Lebensweise „nach den Regeln der Scharia haram“ (ebd.) sei. Weidel eschauffiert sich darüber, dass Muslime die Bestrafung von Homo- und Transsexuellen als ihre „religiöse Pflicht“ (ebd.) empfänden und manche muslimische Länder sogar Todesstrafen in Form von Steinigung diskutieren oder gar umsetzen. Zu kritisieren ist an dieser Stelle, dass durch diese drastische Darstellung komplett ignoriert wird, dass auch in der Bibel geschrieben steht, dass „beide des Todes sterben sollen“, wenn „jemand bei einem Mann liegt wie bei einer Frau“ (3. Mose 20, 13). Trotz, dass sich die AfD für einen Erhalt der „deutschen Leitkultur“ (AfD 2016, 47), die unter anderem auf dem christlichen Glauben fußt, einsetzt, wird diese Tatsache von Weidel unter den Tisch fallen gelassen.

Weidel nutzt diese Argumentation, um einerseits gegen die Regierung Merkel und andererseits gegen die Parteien Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu hetzen. So sei sexuelle Belästigung seit Merkels Amtszeit zu einem „Volkssport“ (Weidel 2017) geworden, da alles unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit toleriert werden müsse. Außerdem würden sich die linksorientierten Parteien nicht um die Lebenswirklichkeit der Homosexuellen sorgen, indem sie die vorher angeführten Zahlen ignorierten. Stattdessen würden sich vor allem „die Grünen“ nur für belanglose Dinge, wie beispielsweise „Familienkarten für Regenbogenfamilien“ (ebd.) in „Spaßbädern“ (ebd.), einsetzen.

In diesem Zusammenhang äußert sich Weidel außerdem kritisch über die zu diesem Zeitpunkt neu verabschiedete „Ehe für alle“. Nach Weidel sei es für „Schwule und Lesben am Ende des

Abends egal [...], ob ihre Beziehung eingetragene Lebenspartnerschaft heißt oder Ehe, wenn sie sich kaum noch Arm in Arm auf die Straße trauen können“ (ebd.). So hätten Homosexuelle momentan ein „größeres, dramatischeres Problem“ (ebd.) – und das sei die zunehmende Gewalttätigkeit, ausgeübt von muslimischen Migranten. Somit schließt Weidel ihre Rede mit der Behauptung, dass die AfD „die einzige Partei, die für Recht und Ordnung steht“ (ebd.), sei, wovon „alle Bürger unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung“ (ebd.) profitierten. Schlussendlich wiederholt sie erneut, dass sie nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Homosexualität Mitglied in der AfD sei.

5. Deutungsversuche: Welche Funktion erfüllt die homonationalistische Argumentation in der AfD?

Zuallererst ist zu betonen, dass Frontfrau Alice Weidel keineswegs das einzige Parteimitglied ist, das homonationalistisch argumentiert. Wie bereits im Theorieteil angeführt, kann die Partei sogar eine BIG „Homosexuelle in der AfD“ aufweisen, die sich auf dieselbe Argumentation stützt (vgl. Facebook-Seite der BIG). Aber auch heterosexuelle Mitglieder wie beispielsweise Beatrix von Storch bedienen sich homonationalistischer Floskeln. So hielt sie am 17.5.2019 eine Bundestagsrede unter dem Titel „Nur wer die Islamisierung stoppt, kann Homosexuelle schützen“. Genau wie Weidel übt von Storch harsche Kritik an dem Aktionsplan des Bündnis 90/Die Grünen zur Förderung geschlechtlicher Vielfalt. Bei diesem handele es sich um die „Ausgeburt grüner Allmachtfantasien aus einer dekadenten, abgehobenen Parallelwelt urbaner Eliten, die mit den realen Problemen der Bürger nichts mehr zu tun haben“ (von Storch 2019). Der Vorwurf der scheinbaren Ignoranz gegenüber der muslimisch geprägten Homophobie fungiert hier erneut als Angriff gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung.

Neben diesem proklamierten Schutz der Homosexuellen, kommt es allerdings auch immer wieder zu enormen Diffamierungen ebenjener Menschen. Ironischerweise ereignete sich ein besonders menschenverachtender Ausruf des AfD-Abgeordneten Andreas Gehlmann nach dem Verweis der Linken auf die „erheblichen Repressionen und Gefängnisstrafen“ (Yorulmaz 2017, 2) von Homosexuellen in den Maghreb-Staaten. Ein solcher Hinweis hätte auch von Seiten der AfD stammen können, hätte er dazu gedient, die Einwanderung aus ebenjenen Staaten abzulehnen. In der Diskussion ging es allerdings um die Bewertung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer, wobei Gehlmann mit der Bemerkung reagierte, dass solche Maßnahmen auch in Deutschland ergriffen werden sollten (vgl. ebd., 2). Die AfD-Parteispitze versuchte sich zwar durch den Verweis auf ein scheinbares Missverständnis aus der Misere zu retten, jedoch fand nie eine eindeutige Distanzierung von dieser Aussage statt. Solch ein

Verhalten macht offen klar, dass es sich bei der angeblichen Sorge um homosexuelle Mitbürger nur um eine weitere Anti-Immigrationsstrategie handelt. Auf den Schutz dieser sexuellen Minderheit wird nur dann verwiesen, wenn es der Hetze gegen muslimische Ausländer dient.

Dies erklärt allerdings noch nicht, warum sich Homosexuelle selbst derart von der AfD instrumentalisieren lassen. Ein Interview der Süddeutschen Zeitung mit der Sozialpsychologin Beate Küpper liefert eine einleuchtende Theorie zur Erklärung dieses scheinbaren Paradoxons. Küpper führt an, dass es in jeder Gesellschaft gewisse „legitimierende Mythen“ (Küpper, zitiert nach Gasteiger 2017, 1) gebe, zu denen auch die „Mär vom erfolgreichen weißen Mann“ (ebd., 1) gehöre. Insofern signalisiert beispielsweise Alice Weidel durch ihre Mitgliedschaft in der AfD in erster Linie ihre „Zugehörigkeit zu einer dominanten Mehrheit“ (ebd., 1), eben die der „Weißen“. Die Sozialpsychologin spricht von einer „schlicht und einfach[en] Anbiederung“ (ebd., 1), wenn man sich lieber als Teil einer dominanten Mehrheit präsentiert, als Teil einer diskriminierten Minderheit. Außerdem verweist Küpper auf die sozialpsychologische Vorurteilsforschung, die sich auch mit den „Mechanismen von Selbstaufwertung und Integration“ (ebd., 1) befasst. Selbstaufwertung dadurch, dass man „auf bequeme Weise automatisch besser“ (ebd., 1) dasteht, wenn man andere vehement abwertet und Integration dadurch, dass man sich als Parteimitglied als Teil einer geschlossenen Gruppierung begreift. Das Gefühl, auch als lesbische Frau in einer Partei den Ton angeben zu dürfen, kann demnach so befriedigend sein, dass man die Anschuldigungen gegen die eigene sexuelle Ausrichtung, bewusst oder unbewusst, zu ignorieren weiß.

Küpper schließt das Interview mit dem treffenden Ausspruch, dass in gewisser Weise „beide Seiten“ (ebd., 2), die homosexuellen Mitglieder sowie die Partei als solche, von der homonationalistischen Argumentation profitieren würden: So werde den homosexuellen Parteigenossen die Möglichkeit geboten, sich als Teil eines „großen Ganzen“ zu fühlen, wodurch das Bewusstsein dafür gestärkt wird, dass die Minderheit, der man selbst angehört, nicht an unterster Stelle der sozialen Hierarchie stehe. Im Gegenspiel fungieren die homosexuellen Mitglieder für die Partei als Alibi gegen den Vorwurf der Intoleranz. Durch den Verweis auf homosexuelle Parteigenossen mache sich die AfD „nach außen hin weniger angreifbar“ (ebd., 2), wenn sie Homosexuelle mit einbeziehe.

6. Fazit

Schlussendlich lässt sich sagen, dass das Zusammenspiel der zwei Analysen einen guten Aufschluss über den Umgang der AfD mit den verknüpften Themen Homosexualität und Migration liefern konnte. Als Erstes hat die Analyse des Parteiprogramms offengelegt, wie die AfD die beiden Themen getrennt voneinander bewertet. In Bezug auf Homosexualität hat sich hierbei besonders herauskristallisiert, dass diese Lebensweise widernatürlich sei und daher so gering wie möglich gehalten werden sollte. Diese Forderung zeigte sich besonders im Kapitel über Bildung, in dem vehement gegen einen Einbezug alternativer Lebensformen in den Sexualkundeunterricht argumentiert wird.

Das zweite empirische Material, die Rede Weidels, widmete sich den rhetorischen Mitteln und der Argumentationsstruktur und legte offen, inwiefern die AfD die Themen Homosexualität und Migration verknüpft. Anhand dieser Rede lässt sich aufzeigen, dass selbst in einer heteronormativen Partei wie der AfD auf den Schutz der Homosexuellen verwiesen wird, da diese Argumentation dem Kampf gegen muslimische Migranten dient. Diese homonationalistische Argumentation wäre noch einigermaßen nachvollziehbar, wenn sie ausschließlich von heterosexuellen Mitgliedern stammen würde, die es mit sich vereinbaren können, dass sie einerseits Homosexualität unterbinden wollen und diese Lebensweise gleichzeitig für ihre Anti-Immigrationspolitik instrumentalisieren. Was treibt also Menschen mit homosexueller Ausrichtung dazu, sich dennoch in der AfD zu engagieren?

Beate Küpper lieferte hierfür eine plausible Erklärung aus der Vorurteilsforschung. Demnach komme es durch die vehemente Ablehnung anderer Minderheiten zu einer Selbstaufwertung und einem Gefühl der Integration, sodass die Ungleichwertigkeit der eigenen Lebensweise hintenangestellt wird.

Schließlich konnte diese Seminararbeit am Beispiel der AfD aufzeigen, wie eine homonationalistische Argumentationsweise als Anti-Immigrationsrhetorik fungiert. Zu betonen ist nochmals, dass von einer solchen Argumentation beide Seiten profitieren. Die Partei als Ganzes, indem ihr ein toleranteres Image verliehen wird, sowie ihren homosexuellen Mitgliedern, denen durch diese Argumentationsweise eine Stimme verliehen wird.

7. Literaturverzeichnis

7.1 Bücher/Aufsätze

Dhawan, Nikita (2015): *Homonationalismus und Staatsphobie. Queering Dekolonisierungspolitiken, Queer-Politiken dekolonisieren.* Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.

Farris, Sara R. (2012): *Femonationalism and the „Regular“ Army of Labor Called Migrant Women.* In: *History of the Present.* Champaign:University of Illinois Press.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015): *Eine Frage an und für unsere Zeit. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse.* In: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen.* Bielefeld: transcript Verlag.

Lang, Juliane (2015): *Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender.* In: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen.* Hrsg. Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene. Bielefeld: transcript Verlag.

Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *What is populism?* In: *Populism. A very short introduction.* Oxford: Oxford University Press.

Norocel, Cristian et al. (2018): *Discursive Constructions of White Nordic Masculinities in Right-wing Populist media.* In: *Men and Masculinities.* Sage Journals.

Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times.* Durham/London: Duke University Press.

Sauer, Birgit (2017): *Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotential der Kategorie Geschlecht.* In: *Politische Vierteljahresschrift.* 58. Jahrgang Heft 1/2017.

Schmincke, Imke (2015): *Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland.* In: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen.* Hrsg. Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene. Bielefeld: transcript Verlag.

Ruhose, Fedor (2019): *Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur.* Wiesbaden: Springer Essentials.

Wielowiejski, Patrick (2018): *Identitäre Schwule und bedrohliche Queers. Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus.* In: *Feministische Studien,* Band 36, Ausgabe 2. Berlin: De Gruyter.

Wildt, Michael (2017): *Volk, Volksgemeinschaft, AfD.* Hamburg: Hamburger Edition.

Yilmaz-Günay, Koray/Wolter, Salih Alexander (2013): *Pink Washing Germany? Der deutsche Homonationalismus und die „jüdische Karte“.* In: *Wer MACHT Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen.* Hrsg.: Gürsel, Duygu/Cetin, Zülfukar. Münster: Edition Assemblage.

7.2 Online-Quellen

AfD (2016): Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.

https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf

Zugriff am 4.7.2020

AfD (2017): Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017.

https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf

Zugriff am 4.7.2020

AfD Sachsen-Anhalt (2016): Wahlprogramm zur Landtagswahl.

http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf

Zugriff am 4.7.2020

Bäuerlein, Ulrike (2018): Warum Alice Weidel mit Partnerin und Kindern aus dem Schweizer Biel wegzieht.

<https://www.suedkurier.de/baden-wuerttemberg/Warum-Alice-Weidel-mit-Partnerin-und-Kindern-aus-dem-Schweizer-Biel-wegzieht;art417930,9968829>

Zugriff am 8.6.2020

Von Storch, Beatrix (2019): Bericht aus dem Bundestag – 17.05.2019.

<https://dieafd.de/2019/05/18/beatrix-von-storch-bericht-aus-dem-bundestag-17-05-2019/>

Zugriff am 4.7.2020

Gasteiger, Carolin (2017): “Die AfD hetzt ja nicht nur gegen Lesben”.

<https://www.sueddeutsche.de/kultur/alice-weidel-in-der-afd-die-afd-hetzt-ja-nicht-nur-gegen-lesben-1.3482048-2>

Zugriff am 4.7.2020

Weidel, Alice (2017): Alice Weidel über die Gefahren für Homosexuelle.

<https://www.youtube.com/watch?v=p1OC0M6Gku8>

Zugriff am 8.6.2020

Yorulmaz, André (2017): Die AfD hat ein Problem mit Homosexuellen.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/alternative-fuer-deutschland-alice-weidel-homosexualitaet>

Zugriff am 4.7.2020